

Notstand in Italiens Gefängnissen

Neue Massnahmen der Regierung gegen die überfüllten Haftanstalten

Die italienische Regierung hat am Mittwoch Massnahmen gegen die im Belpaese wieder stark überfüllten Gefängnisse beschlossen. Zum raschen Bau neuer Haftanstalten wurde gar der Notstand ausgerufen.

Nikos Tzermias, Rom

«Der Grossteil unserer Gefängnisse stammt aus fernen Jahrhunderten, und einige der Strafanstalten spotten der in der Verfassung garantierten Menschenwürde.» Unter anderem mit diesen Worten hat der italienische Justizminister Angelino Alfano die am Mittwoch von der Regierung Berlusconi verabschiedeten Massnahmen zur Entlastung und Modernisierung der im Belpaese wieder stark überfüllten Haftanstalten begründet.

Neubauten geplant

Die Regierung will in den nächsten zwei Jahren in erster Linie möglichst rasch bestehende Gefängnisse ausbauen und 24 zusätzliche Strafanstalten errichten. Zur raschen Verwirklichung der Baupläne wurde von der Regierung sogar der Notstand erklärt, um dem Chef der

italienischen Gefängnisbehörden Sondervollmachten bei der Vergabe von Bauaufträgen zuweisen zu können.

Nach den Plänen der Regierung soll die Gesamtkapazität der italienischen Gefängnisse von 43 000 auf 80 000 Plätze erhöht werden. Der Ausbau ist längst überfällig, da schon heute 65 000 Häftlinge in den Gefängnissen zusammengepfercht sind. Das neue Programm sieht auch die Einstellung von 2000 zusätzlichen Gefängniswärtern vor. Bisher waren 38 000 Beamte in diesem Sektor tätig.

Hausarrest für leichte Fälle

Zur weiteren Entlastung der Gefängnisse beschloss die Regierung eine Strafmilderung für Häftlinge, die nur für leichte Verbrechen verurteilt worden waren und bloss noch höchstens ein Jahr im Gefängnis sitzen müssen. Solche Gefängnisinsassen sollen die Reststrafe mit Hausarrest verbüssen können. Im Weiteren will sich Justizminister Alfano darum bemühen, dass ausländische Delinquenten ihre Strafen möglichst in ihrer Heimat absitzen. In Italien sind 37 Prozent der Häftlinge Ausländer.

Die beschlossene Strafmilderung geht deutlich weniger weit als der umstrittene Straferlass unter der Vorgängerregierung von Ministerpräsident

Prodi im Sommer 2006. Damals wurden Sträflinge mit einer verbleibenden Freiheitsstrafe von drei Jahren auf freien Fuss gesetzt. So wurden über 25 000 Häftlinge freigelassen, was in den folgenden Monaten zu einer schlagartigen Zunahme von Banküberfällen und anderen Delikten führte.

An einer Pressekonferenz nach der Kabinettsitzung vom Mittwoch erklärte Ministerpräsident Berlusconi, dass ein zivilisierter Staat einem verurteilten Kriminellen die Freiheit, doch nicht die Würde nehmen dürfe. Tatsächlich haben sich während der letzten Jahre nicht nur die Platzverhältnisse, sondern auch die hygienischen Bedingungen in zahlreichen Gefängnissen, von denen 80 Prozent über hundert Jahre alt sind, dramatisch verschlechtert.

Zunahme der Selbstmorde

Wie gross das Malaise ist, unterstreicht auch die stark erhöhte Zahl der Selbstmorde in den insgesamt 274 italienischen Gefängnissen. Im letzten Jahr hatten sich 72 Häftlinge das Leben genommen, nach 48 Inhaftierten im Vorjahr. In den letzten zehn Jahren starben in den Gefängnissen 1560 Insassen, von denen sich 558 selber umbrachten. Selbstmordversuche werden jährlich über 300 registriert.